

# Soziales Wachstum – linke Perspektiven in der Wachstumsdebatte

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Katharina Oerder, Michael Reschke und Stefan Stache



Foto: © kantver - Fotolia.com

„Deutschland geht es wirtschaftlich gut“ – diese Aussage haben im Dezember 2012 63 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland geteilt, im Dezember 2013 ist diese Zahl auf 75 Prozent gewachsen und ist seitdem stabil auf diesem Niveau. Im September 2014 bestätigen diese Aussage 73 Prozent<sup>1</sup>, auch wenn sich angesichts globaler Krisen die Stimmung eintrübt. Gleichzeitig hat sich das klassisch im Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wachstum von 3,6 Prozent Zuwachs im Jahre 2011 auf 0,1 Prozent in 2013 verlangsamt, um in 2014 wieder leicht

anzusteigen. Stabil seit 2011 ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, seitdem hat die Arbeitslosenquote in Deutschland die 8 Prozent nicht mehr überschritten und liegt derzeit im Herbst 2014 bei 6,5 Prozent<sup>2</sup>.

Einen direkten Zusammenhang zwischen Stimmung und Wachstum kann man anhand dieser Daten kaum feststellen. Wichtiger für die Stimmung scheint die Arbeitsmarktsituation zu sein, was aus Sicht von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sehr gut nachvollziehbar ist.

<sup>1</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/> (Abruf 17.10.2014)

<sup>2</sup> <https://www.destatis.de> (Abruf 17.10.2014)

Dennoch, es bleiben die Zweifel, dass wir es mit einer dauerhaft stabilen wirtschaftlichen Lage zu tun haben. Dies lässt sich weniger mit Stimmungsabfragen bei Konsumenten oder Produzenten ermitteln. Auch hier nehmen die Sorgen zu. Es geht vielmehr um die Frage, wie und ob überhaupt die Große Krise 2008/2009 überwunden werden konnte. Mit Blick auf den für die deutsche Wirtschaft nach wie vor wichtigsten Markt, den Europäischen Binnenmarkt, ist bekannt, dass jahrelanges Abwürgen der Volkswirtschaften trotz billigen Geldes von der Europäischen Zentralbank (EZB) eben nicht zu einer Bewältigung der Krise geführt hat. Aber auch die Berichte über die wieder in Fahrt kommende Spekulation auf den Aktien- und Derivatemarkten machen mehr als deutlich, dass es eben nicht gelungen ist, die tiefe Krise nachhaltig zu überwinden. Erste Erfolge sozialdemokratischer Politik in Deutschland, wie der Einführung des Mindestlohns und die Verbesserungen des Rentenzuganges, stehen einer europaweit durchgesetzten und insbesondere durch die CDU verteidigten Austeritätspolitik gegenüber, die den Süden Europas in Agonie verharren lässt und die großen Volkswirtschaften Italien und Frankreich in die Rezession drückt. Ein grundsätzlicher Richtungswechsel der Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Europa hat nicht stattgefunden.

Versucht man, sich von der aktuellen konjunkturellen Lage in Europa aber auch in den USA, China oder anderen Teilen der Welt zu lösen und zu hinterfragen, welche Lehren aus der Großen Krise 2008/2009 gezogen wurden, lässt sich zweierlei feststellen. Einerseits hat sich die etablierte Politik der Regierungen der wichtigsten Volkswirtschaften nach einer kurzfristigen Wiederbelebung längst vergessen geglaubter keynesianischer Antikrisenpolitik zu einer nachhaltig verfestigten neoliberalen Umverteilungspolitik zurück bewegt. Andererseits hat die Krise eine

wachsende Verunsicherung in der Fachwelt der Wirtschaftswissenschaftler/innen, Journalist/innen und auch immer breiteren Teilen der Bevölkerung ausgelöst<sup>3</sup>. Können wir so weitermachen wie bisher?

In der spw 177 „Wachstum neu denken“ haben wir uns bereits 2010 mit der Diskussion um Lehren aus der Krise und den Folgen für das zentrale Paradigma kapitalistischer Wirtschaft – dem Wachstum – auseinandergesetzt. In einer veränderten Situation mit einer neuen deutschen Bundesregierung seit 2013 und einer neuen EU-Kommission seit Herbst 2014, die beide durch eine große Koalition gestützt werden, scheint – auch angesichts der Krisen im Nahen Osten und der Ukraine – relative Ruhe in die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu nachhaltigem Wohlstand gekommen zu sein. Diese Auseinandersetzung erschien 2010 noch lebendiger und offener im Ausgang zu sein. Immerhin wurden staatliche Konjunkturprogramme durch die G20 empfohlen, das Misstrauen in den Finanzsektor war mit Händen zu greifen und die Vorschläge unserer damaligen Autoren etwa über sozial-ökologische Investitionsprogramme, mehr Umverteilung von oben nach unten und einen neuen Maßstab (Indikator) für die Messung von Wohlstand erfreuten sich großer Aufmerksamkeit. Aber nach vier Jahren muss man ernüchert feststellen, dass die wohl wichtigsten Gründe für die Krise, nämlich die weiter gestiegene Ungleichheit der Einkommen und Vermögen innerhalb der entwickelten Volkswirtschaften, und die massiven Handelsungleichgewichte zwischen den Weltregionen, weiterhin gegeben sind, auch wenn sich letztere teilweise etwas abgeschwächt haben. Die nächste Krise kommt bestimmt, die Schuldigen haben die Zeche nicht gezahlt.

<sup>3</sup> The European: Interview mit Gustav Horn vom 01.10.2014.

Aus diesem Anlass wollen wir uns in dem Schwerpunkt dieser Ausgabe erneut mit der Frage beschäftigen, wie eine veränderte Wirtschaftspolitik aussehen kann, die mit den trotz der Krise erstaunlich wirkmächtigen Grundsätzen von Austerität und materiellem Wachstumszwang bricht und neue Wege aufzeigt.

Einer weit verbreiteten Auffassung in der sogenannten „Postwachstumsdebatte“, dass Wachstum aufgrund der ökologischen Grenzen eben nicht mehr gehe, steht die bereits im o.g. Heft von Till van Treeck und Simon Sturn vertretene These gegenüber, dass ein moderates Wachstum des BIP erst die Handlungsspielräume bei der Verteilung aber auch der (öffentlichen) Investitionspolitik ermöglichte, die einen langfristigen Pfadwechsel hinzu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise möglich mache.

Wir haben in diesem Heft versucht, einige neue Perspektiven auf die Frage zu eröffnen, ob und wenn ja, welches Wachstum benötigt wird, um nachhaltig Wohlstand zu erzeugen.

*Michael Dauderstädt* legt in seinem Beitrag dar, was soziales Wachstum für eine immer weiter auseinanderklaffende Gesellschaft bedeutet. Er macht deutlich, dass Arbeitseinsatz und Investitionen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen zwingend notwendig sind, um die Reproduktion der Wirtschafts- und letztlich der Lebensgrundlagen auf Dauer zu sichern. Ein auf die Absenkung des materiellen Ressourcenverbrauchs fokussierter Ansatz verliert diese Zusammenhänge oftmals aus dem Blick.

Daran anschließend verdeutlicht *Cäcilie Schildberg* in einem Interview, wie wichtig die Dimension der Pflege-, Erziehungs- und Bildungswirtschaft – englisch kurz „care“ zusammengefasst – für eine nachhaltige Wirtschaft ist, und wie sehr diese Dimension wie-

derum die Frage der Geschlechterverhältnisse in den Mittelpunkt rückt. Vor diesem Hintergrund ist das Motto der rot-grünen NRW-Landesregierung „kein Kind zurücklassen“ in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Ähnlich wie bei den jüngst beschlossenen lohn- und rentenpolitischen Maßnahmen auf Bundesebene lassen hier erfolgreiche sozialdemokratische Politikansätze erkennen, die zu einer progressiven Wirtschafts(!)politik beitragen. Leider fehlt es nach wie vor auf allen politischen Ebenen an einer kohärenten Erzählung und der dazu passenden Strategie, die einem breiten Publikum deutlich macht, dass diese Politiken zentrale Bausteine eines fortschrittlichen Wirtschaftsmodells sind. Vielmehr werden sie auch angesichts der mächtigen Schuldenmantras immer noch als zusätzliche Wohltaten angesehen, die wir uns zwar angesichts der aktuellen Konjunktur vorübergehend leisten können, die aber eigentlich unseren Wohlstand langfristig schmälern würden<sup>4</sup>.

*Ulrich Brand* arbeitet in seinem Artikel grundsätzlich heraus, wie das Wachstumsparadigma auch in die aktuellen Herrschafts- und Machtverhältnisse eingewoben ist. Dass sich linke Kräfte mit ihrer Kritik oftmals auf die daraus abgeleitete Politik konzentrieren, aber die Machtverhältnisse außer Acht lassen, erklärt denn auch, warum fortschrittliche Politik immer wieder in die Defensive gerät.

Mit dem Beitrag von *Holger Rogall* und *Katharina Gapp* zu den Zusammenhängen von Wachstum und Globalisierung beleuchten wir, welcher Ansatz für ein die ökologischen Grenzen wahrendes Wachstum verfolgt werden sollte und welche Möglichkeiten eine Strategie des selektiven Wachstums bietet.

*Steffen Lange* diskutiert in seinem Artikel die Rolle von Unternehmen in einer Post-

4 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Jahresgutachten 2013/14, Vorwort S. I

wachstumswirtschaft, aufbauend auf seiner Übersicht von Ansätzen der Wachstumskritik.

Wir finden in diesem Schwerpunkt in allen Beiträgen grundlegende Überlegungen zur Rolle von Wachstum. Die Autorinnen und Autoren kommen zu unterschiedlichen Einschätzungen und beziehen sich auf teilweise unterschiedliche Diskurse. Uns ist es wichtig, diese unterschiedlichen Diskurse hier abzubilden, damit sich unsere Leser/innen in der Debatte besser orientieren können.

Ziel sozialdemokratischer Politik sollte es sein, neben den tagtäglichen Auseinandersetzungen in einzelnen Politikfeldern, in denen wir unsere Programmatik in politische Maßnahmen versuchen umzusetzen, in der Debatte eine mittelfristige Strategie aus einer langfristigen Zielsetzung zu entwickeln. Bereits heute hat der wachstumskritische Diskurs im Gewand einer konservativen Verzichts und Maßhalten-Debatte auch bürgerliche Kreise erreicht, die mit den Zielen von sozialdemokratischer Politik wenig bis gar nichts zu tun haben<sup>5</sup>. Hier braut sich eine öko-konservative gesellschaftliche Allianz zusammen, die Wachstumskritik dazu nutzt, Umweltschutz durch lukrative technische Innovationsprofite für Wenige und Verzicht für Viele sowie im Zweifel durch eine Re-Nationalisierung von Politik- und Lebenszusammenhängen die Stabilisierung von den vorherrschenden Macht- und Verteilungsverhältnissen zu erreichen. Es zeigt sich aber auch, dass ausgehend von der mittlerweile mehrheitsfähigen Erkenntnis der ökologischen Grenzen des Wachstums<sup>6</sup> eine grundsätzliche Debatte über die Gesetzmäßigkeiten unseres Wirtschaftssystems auch in der veröffentlichten bürgerlichen Meinung nicht verstummt ist<sup>7</sup>.

5 Denkwerk Demokratie, Werkbericht Nr. 1, August 2012, S. 93-95

6 vgl. Timmo Krüger, „Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung“ in Leviathan Heft Nr. 3, (Nr. 41) 2013; S. 422-456

7 vgl. Alexandra Enderes: „Es ist das Wachstum, Dummkopf“ in die Zeit am 24.09.2014. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-09/klimagipfel-ban-ki-moon-wachstum>

Das eröffnet Chancen für eine progressive Wende des wirtschaftspolitischen Diskurses in Deutschland und Europa.

Dafür müssen aus der Debatte über das Für und Wider von Wachstum Ansätze für eine Politik des sozialen Wachstums und Perspektiven für arbeitende Menschen in Deutschland, Europa und in den Entwicklungsländern gewonnen werden. Ausbeutung von Mensch und Natur müssen dabei gleichermaßen betrachtet werden. Sowohl im nationalstaatlichen und europäischen Rahmen wie auch in internationalen Beziehungen muss die wirtschaftliche Praxis so reguliert werden, dass ein neuer Konsens für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften entsteht. ■

☞ Ole Erdmann ist Volkswirt und Mitglied in der spw-Redaktion. Er arbeitet in der regionalen Wirtschaftsförderung und lebt in Köln.

☞ Katharina Oerder ist stellvertretende Vorsitzende der Jusos und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt und arbeitet in Potsdam.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.